



Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.10.2011
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller

DIE LINKE

Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth

SPD

anwesend ab 16:34 Uhr

Herr Claus Wartenberg

SPD

anwesend ab 17:18 Uhr

Herr Hans-Wilhelm Dünn

CDU

anwesend bis 17:45 Uhr

Herr Kevin Lücke

FDP

Frau Frauke Frehse-Sevran

anerkannter freier Träger

Frau Heiderose Gerber

anerkannter freier Träger

Herr Dirk Harder

anerkannter freier Träger

anwesend von 16:37 Uhr bis ca.
19:15 Uhr

Herr Dr. Lutz Henrich

anerkannter freier Träger

Herr Marcel Kankarowitsch

anerkannter freier Träger

Teilnahme bis 19:00 Uhr

Herr Thomas Liebe

anerkannter freier Träger

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg

DIE LINKE

anwesend ab 17:37 Uhr

Frau Birgit Eifler

Bündnis 90/Die Grünen

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dähnrich

Kath. Kirche

Frau Angelika Groß

Gesundheitsamt

Herr Frank Lehmann

Schulamt

Herr Jochen Reinke

Evang. Kirche

Herr Roland Sima

Kreiselterrat

Herr Norbert Schweers

FBL Kinder, Jugend
und Familie

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete Soziales,
Jugend, Gesundheit

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka

DIE LINKE

entschuldigt

Frau Jana Schulze

DIE LINKE

entschuldigt

Herr Frank Otto

Bündnis 90/Die Grünen

entschuldigt

Frau Jutta Busch

BürgerBündnis

entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik		entschuldigt
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	entschuldigt

Gäste

Frau Helga Hübner	stellv. Ausschussmitglied
Herr Bodo Ströber	AG Hilfen zur Erziehung
Herr Rüdiger Schmolke	AK Suchtprävention
Frau Bettina Stobbe	AG Kita
Herr Tinko Jäckel	AKKJ
Frau Charlotte Große	BIUF e.V. – KORUS-Beratung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)
Vorlage: 11/SVV/0717
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
JHA (ff)
- Wiedervorlage -
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0776
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

Sie begrüßt die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Herrn Roland Sima als Vertreter des Kreiselternrates und Herrn Jochen Reinke als Vertreter des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 22.09.2011

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Jäckel (AKKJ) kündigt an, dass sich der AKKJ nicht zum Tagesordnungspunkt 3 „Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“, sondern zum Tagesordnungspunkt 5.1 „Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ äußern wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, aus gegebenem Anlass die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zu erweitern.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über die so erweiterte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt bisher (Stichtag 24.10.2011) 2.899 Anträge auf 5.973 Leistungen eingegangen sind. Ausgehend von ca. 5.200 Leistungsberechtigten entspricht das einer Quote von 55,8 %. Die eingehenden Anträge werden weiterhin für Auswertungszwecke gelistet und nach Antragseingang bearbeitet.

Bisher konnten 2.486 leistungsberechtigte im Fachverfahren erfasst und bearbeitet werden. Weitere 413 sind durch die Mitarbeiter noch zu erfassen. Es wurden bisher 465.293,28 € zur Zahlung angewiesen. 43 Anträge wurden bisher abgelehnt. Es sind 5 Widersprüche eingegangen, wovon 2 noch in Bearbeitung sind und in 3 Fällen abgeholfen wurde.

Ab 01.11.2011 werden auch die Leistungen für Schülerspeisung und Fahrkosten durch den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt erbracht.

Es wird auch weiterhin für die Antragstellung geworben.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Auflistung über die Verteilung der BuT-Leistungsarten als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Schweers teilt mit, dass für Sozialarbeit an Schulen für 2012 und 2013 jeweils ca. 650.000 Euro für spezielle Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ausgereicht werden sollen.

Des Weiteren informiert er, dass die anteiligen Mittel zur Förderung des Projektes Mädchenarbeit für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011 mit 10.000 Euro gefördert wird.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass das Projekt auch 2012 gefördert wird.

Herr Ströber macht deutlich, dass er der Presse entnommen hat, dass der Jugendamtsleiter dafür plädiert, dass Schulsozialarbeiter in Jugendklubs angesiedelt werden sollen. Er weist darauf hin, dass dies nicht dem Tenor der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses entspricht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dazu im Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung etwas gesagt wird.

Herr Ströber fragt, ob er davon ausgehen kann, dass es derzeit keine Verabredung mit freien Trägern zur Schulsozialarbeit gibt.

Herr Schweers bestätigt dies.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es ein Treffen des Deutschen Städtetages und der Freien Hansestadt Hamburg in Berlin zum Thema Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung gab. Er fragt, ob dazu Informationen vorliegen.

Herr Schweers informiert, dass er an einer Sitzung des zum Deutschen Städtetag in Nürnberg teilnehmen wird. Er macht deutlich, dass auch dort Hilfen zur Erziehung thematisiert werden.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 18.10.2011 getagt hat. Der Unterausschuss hat sich u.a. mit der Schulsozialarbeit und der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Bezüglich der Schulsozialarbeit sieht sich der Unterausschuss als Unterstützer in der Auseinandersetzung. Zur nächsten Sitzung des Unterausschusses soll Herr Dörnbrack (Staatliches Schulamt) eingeladen werden, um die Diskussion zunächst im kleineren Rahmen zu führen. Der Unterausschuss folgt dem Auftrag des Jugendhilfeausschusses, ein Verfahren zum weiteren Umgang mit dem Arbeitsfeld Schulsozialarbeit vorzuschlagen.

Regionale AG 1

Herr Liebe informiert, dass sich die Regionale AG 1 darüber verständigt hat, wie ein gegenseitiger Austausch zwischen den Trägern erfolgen kann. Die Regionale AG 1 möchte in die Diskussion über die bisher durchgeführten Evaluationen treten, um anzuregen, dass über deren Ergebnisse nachgedacht wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits Überlegungen gibt, wer sich dieser Aufgabe dann stellen soll.

Herr Liebe erklärt, dass sich die Regionale AG 1 mit den Ergebnissen für die Region auseinandersetzen möchte, um dann zu sehen, welche übergreifenden Möglichkeiten es gibt, um die Qualität zu verbessern.

AG Suchtprävention

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Suchtprävention gemeinsam mit der Suchtberatungsstelle der AWO mit dem Thema Mediensucht auseinandergesetzt hat. Es sollen ab sofort Medientrainings für Eltern angeboten werden. Des Weiteren wurde mit der Sozialplanerin ein Gespräch zum Suchtkonzept geführt. Das Suchtkonzept soll mit externer Begleitung fortgeschrieben werden.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)

Vorlage: 11/SVV/0717

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

JHA (ff)

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass die Drucksache bereits im Jugendhilfeausschuss am 22.09.2011 eingebracht und beraten wurde.

Herr Schweers informiert, dass der Finanzausschuss sich mit der Drucksache befasst hat, aber kein Votum abgegeben hat, da das Votum des JHA noch nicht vorliegt.

Des Weiteren macht er deutlich, dass sich die Verwaltung bisher nicht mit dem durch die Kleinen Liga beauftragte Gutachten zur Kita-Finanzierungsrichtlinie

befassen könnte, da ihr dieses noch immer nicht vorliegt.

Anhand einer Folie erörtert er die Finanzierungssystematik nach aktueller Kita-Finanzierungsrichtlinie.

Frau Dr. Müller informiert über ein Schreiben der Liga der Spitzenverbände zum Beschluss zur Weiterentwicklung der Kita-Finanzierungsrichtlinie Potsdam.

Sie verliest den Beschlussvorschlag:

„Die Liga befürwortet als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie einschließlich ihrer Nebenleistungen (Eingewöhnungspauschale, Qualitätszuschuss);*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

Sollte sich die Stadt mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, wird die Liga den angeschlossenen Trägern empfehlen, auf eine Individualfinanzierung weitgehend zu verzichten.“

Herr Liebe macht als Vertreter der Träger deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss zu den Qualitätsstandards bekennen und deren Einführung fordern soll.

Herr Kankarowitsch spricht sich dafür aus, die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache nicht zum Beschluss zu empfehlen. Für 2012 sollte ein gemeinsamer Zwischenschritt verabredet werden. Er empfiehlt, dem Vorschlag der Kleinen Liga zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die komplette Aufnahme der Qualitätsparameter zusätzlich 925.000 Euro zur jetzt bestehenden Richtlinie bedeuten.

Sie bittet um Verständnis, dass die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache zur Abstimmung gebracht werden muss.

Herr Liebe macht deutlich, dass es eine jährliche Inflationsrate von 2 % gibt. Dies bedeutet Mehrkosten für die Träger, die ihnen bei geringfügig erhöhten Pauschalen Probleme bringen.

Herr Schweers bestätigt, dass die Erhöhung der Pauschalen um 1,6 % über 6 Jahre erfolgen soll. Dem gegenüber ist widersprüchlich, dass die Träger mit ihrem Anliegen, die bisherige Richtlinie beizubehalten, diese geringe Erhöhung nicht für nötig erachten.

Herr Dr. Henrich fragt, ob es zwingend notwendig ist, heute ein Votum abzugeben.

Frau Dr. Müller bejaht dies mit dem Hinweis, dass es aus ihrer Sicht keinen inhaltlichen Zuwachs bringt, sondern lediglich Zeitverzug bedeutet, wenn die Drucksache vertagt wird.

Sie macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss zwar die Federführung für die Beratung der Beschlussvorlage hat und auf das Votum des Finanzausschusses warten müsste. Sie schlägt aber vor, ein Votum aus Sicht des

fachlich zuständigen Ausschusses abzugeben, um dem Finanzausschuss die Arbeit zu erleichtern.

Herr Liebe beantragt eine kurze Pause, um den Antrag der Kleinen Liga kopieren und an alle Ausschussmitglieder ausreichen zu lassen.

Nach einer kurzen Pause wird der Beschlussvorschlag der Kleinen Liga wird an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass ein Votum zur Vorlage der Verwaltung abgegeben werden muss. Danach muss eine Verständigung zum Vorschlag der Kleinen Liga erfolgen.

Sie schlägt vor, den Vorschlag wie folgt umzuformulieren:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
 - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.“*

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Drucksache 11/SVV/0717 ab.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0717.

Änderungsantrag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:

4. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
 - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
5. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
6. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Zustimmung: 13

Ablehnung 0

Frau Müller-Preinesberger bedauert, dass das Votum des Jugendhilfeausschuss-

ses auf einem Gutachten beruht, dass der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt.

Frau Dr. Müller bittet diejenigen, die das Gutachten beauftragt haben, dies auch der Verwaltung vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass ein gemeinsames Handeln nur möglich ist, wenn der Verwaltung das Gutachten zur Kenntnis gegeben wird.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0776

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Jäckel (AKKJ) verliest die Stellungnahme des AKKJ zum LQEV-Evaluationsbericht und weist darauf hin, dass diese allen JHA-Mitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt wird.

Frau Große (BIUF e.V. – KORUS-Beratung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entstehung der Evaluation. Dabei geht sie auf die Zielstellungen ein. Sie gibt Erläuterungen zum Prozessverlauf und erörtert die Empfehlungen.

Herr Dr. Henrich äußert sich positiv zum Bericht. Wichtig ist auch, dass darin die eigenständige Durchführung von Projekten durch Kinder und Jugendliche erwähnt wurde.

Die Schlussfolgerung, dass Schulsozialarbeit effektiver erfolgen kann, wenn diese an Jugendklubs angebunden ist, kann er nicht nachvollziehen.

Auch Sport und andere bewegungsorientierte Angebote sollten in solch einem Bericht erwähnt werden, da es auch die anteilig finanzierte Stelle des Jugend-sportkoordinators gibt.

Herr Schweers macht deutlich, dass es in dem Evaluationsbericht Empfehlungen und Kritikpunkte gibt. Er selbst ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Aus seiner Sicht hat sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit sehr verbessert. Auch die Qualität der Arbeit ist gewachsen.

Frau Große betont, dass die Empfehlungen zur Kooperation von Sozialarbeit in Kinder- und Jugendklubs zu Sozialarbeit an Schulen und Streetwork sehr allgemein formuliert wurden, um eine große Flexibilität zu ermöglichen. Hier sollte genau hingesehen werden, wie die unterschiedlichen Ressourcen in einer Region so gestaltet werden können, dass ein größtmöglicher Nutzen für die Kinder- und Jugendlichen entsteht.

Frau Frehse-Sevran äußert Bedenken, dass die Vision zu schnell geht. Mann sollte sich damit sehr intensiv befassen.

Frau Große macht deutlich, dass es sich lediglich um Visionen handelt, die in den Fachrunden aufgegriffen wurden. Es handelt sich hierbei nicht um Ziele. Darauf folgen noch viele Schritte und ein großer Dialog.

Herr Lehmann spricht in diesem Zusammenhang die Diskussion zur Schulsozialarbeit an, bei der auch die Ergebnisse vorweg schon in den Fachausschüssen diskutiert wurden.

Frau Große macht deutlich, dass dies alles Vorschläge der Fachkräfte sind.

Herr Lehmann bittet, ein Ergebnis für die Landeshauptstadt Potsdam daraus zu ziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass gemeinsam mit den Trägern, dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung eine Lösung zu finden ist.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass mitunter Dinge polarisiert werden müssen, um Veränderungen herbeizuführen. Sie macht auch deutlich, dass die Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen in einer Region verbessert werden muss. Hier muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden.

Herr Jäckel weist darauf hin, dass sich der AKKJ auf die Quellenangabe bezogen und keine Wertung vorgenommen hat.

Herr Harder bittet darum, sich mit den Ergebnissen ausführlich zu befassen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass hier ein Evaluationsergebnis vorliegt, das nicht beschlossen werden soll. Es wird auch nicht umgehend an der Umsetzung gearbeitet. Es sollte überlegt werden, wie mit dem Vorgelegten jetzt umgegangen werden soll.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Strukturen den Bedarfen angepasst werden müssen. Dies muss im Blick behalten werden. Es müssen auch Bedingungen geschaffen werden, um die Arbeit zu verbessern.

Herr Ströber macht deutlich, dass miteinander kooperiert werden muss.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Ausbau von sog. Jugendkompetenzzentren nicht die Vision von Frau Große ist. Dies ist der Klub 18, wie er bereits existiert und wo das bereits gelebte Realität ist.

Herr Ströber macht deutlich, dass die Träger Veränderung wollen, da die Qualitätsveränderung auch nötig ist.

Abschließend weist Frau Dr. Müller darauf hin, dass gemäß der Stellungnahme der Verwaltung auch weiter an diesem Thema gearbeitet wird. Sie dankt Frau Große und den Trägern für die geleistete Arbeit.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. November 2011; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin